

Zeitschrift: Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik : VPK = Mensuration, photogrammétrie, génie rural

Herausgeber: Schweizerischer Verein für Vermessung und Kulturtechnik (SVVK) = Société suisse des mensurations et améliorations foncières (SSMAF)

Band: 89 (1991)

Heft: 1

Vereinsnachrichten: V+D Eidgenössische Vermessungsdirektion = D+M Direction fédérale des mensurations cadastrales

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der kurzen Beleuchtung las ich die Ziffern vom Gerät ab, vermerkte sie auf dem Messschreibrett und ging wieder weiter» (W. Arsenjew: Dersu Usala).

Die Arbeitsmethoden und die Arbeitsbedingungen haben sich geändert, seitdem Wladimir Arsenjew 1902–1907 seine Expeditionen im Auftrag der Russischen Geographischen Gesellschaft zur Erforschung und kartographischen Aufnahme Ost Sibiriens unternahm. Die Kenntnisse von diesem rauhen, unwegsamen Land waren anfangs des 19. Jahrhunderts noch lückenhaft. Die Taiga war nur an ihren Rändern besiedelt; nur einzelne Punkte waren von der Küste erforscht und kartographisch aufgenommen worden. 1902 hatte Arsenjew den Taigajäger Dersu Usala kennengelernt und mit ihm Freundschaft geschlossen. Dieser begleitete seither Arsenjew auf seinen Expeditionen. Dersu verkörpert eine archaische Kultur, die mit der Natur in einem für uns seltsamen Verhältnis der Direktheit steht. Arsenjews Schilderungen vereinigen Wissenschaftlichkeit und dichterische Darstellungskraft. Gorki erkannte das poetische Genie Arsenjews. Der japanische Filmregisseur Kurosawa verfilmte das Buch. Das Buch ist ein Beispiel literarischer Verarbeitung naturwissenschaftlicher bzw. technischer Tätigkeiten. Solche Arbeiten über oder von Naturwissenschaftlern und Technikern sind leider nicht zahlreich. (Vgl. auch Florence Trystram: Der Prozess gegen die Sterne – Abenteuer einer Südamerika-Expedition 1735–1771, Verlag F.A. Brockhaus, Wiesbaden 1981; in VPK 8/90.) In loser Folge werden in der VPK weitere Beispiele vorgestellt werden.

Th. Glatthard

Ausbildung Weiterbildung Formation Formation continue

ETH Zürich: Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer (NADEL)

Weiterbildungskurse 1991

Während des Sommersemesters 1991 bietet das Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer (NADEL) an der ETH in Zürich Weiterbildungskurse an, die sowohl Teilnehmern/innen des Nachdiplomstudiums als auch weiteren Interessenten/-innen mit Berufserfahrung in der 3. Welt offenstehen. Planung, Durchführung und Evaluation von Entwicklungsprojekten sind Aufgabenbereiche der internationalen Zusammenarbeit, welche in je zweiwöchigen Blockkursen behandelt werden. Einwöchige Kurse sind den Themen soziale und religiöse Wirkungsfaktoren in der Entwicklungszusammenarbeit, Basisorganisationen in der 3. Welt, Lebensmittelverarbeitung in Entwicklungsländern, Aspekte der

Forstwirtschaft in Entwicklungsländern und Lehmbau gewidmet. Die einzelnen Kurse umfassen eine Einführung in Theorie und Methoden des Themenbereichs sowie die Bearbeitung praktischer Beispiele. Die Teilnehmerzahl ist auf ca. 20 Personen pro Kurs beschränkt.

Auskünfte und Anmeldeunterlagen

NADEL-Sekretariat, ETH-Zentrum
CH-8092 Zürich

Universität Hannover: Weiterbildung «Wasser und Umwelt»

Berufsbegleitendes Fernstudium mit Präsenzphasen

Die Universität Hannover führt im Sommersemester 1991 voraussichtlich folgende Kurse durch:

- Bodenkundliche Grundlagen
- Ökologie der Fließgewässer
- Abfallwirtschaft I (Siedlungsabfälle)
- Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
- Recht in der Wasserwirtschaft *)

*) In Kooperation mit dem Deutschen Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau (DVWK) e.V.

Kostenbeitrag pro Kurs:
DM 600,– bzw. 700,–
Semestergebühr: DM 41,15
Anmeldeschluss: 15. März 1991

Weitere Informationen

WBBau – Wasserwirtschaft
Am Kleinen Felde 30, D-3000 Hannover 1
Telefon: (0511) 762-5934
Telefax: (0511) 762-5935

SVVK / SSMAF

Schweizerischer Verein für Vermessung
und Kulturtechnik
Société suisse des mensurations et
améliorations foncières

Mitteilungen des Zentralvorstandes

Europäischer Geodätentag

Der Deutsche Verein für Vermessungswesen (DVW) e.V. hat die entsprechenden Vereine der übrigen europäischen Länder angefragt, ob im Hinblick auf das Zusammenschliessen in Europa das Interesse an einem europaweiten Gedankenaustausch der Vermessungsingenieure besteht. Vorgeschlagen wird ein «Europäischer Geodätentag» (Euro-Geodätika) mit Vortragsprogramm und Fachausstellung zusammen mit dem Deutschen Geodätentag 1992 in Hamburg. Der Zentralvorstand SVVK hat den Vorschlag positiv aufgenommen und erwartet nun vom Deutschen Verein für Vermessungswesen erste Vorschläge für ein Grobprogramm.



Hauptversammlungen 1991 in Davos

30. Mai – 1. Juni im Kongresszentrum

Die Sektion Graubünden freut sich sehr, Sie schon jetzt für die kommenden Hauptversammlungen einzuladen. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren und wir sind überzeugt, Ihnen in der Ferienecke der Schweiz ein paar interessante und bleibende Eindrücke vermitteln zu können. Dürfen wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen bitten, sich das Datum in Ihrer Agenda zu reservieren.

Das Organisationskomitee

STV-FVK UTS-MGR

Fachgruppe für Vermessung und Kulturtechnik
Groupement professionnel en mensuration
et génie rural

Generalversammlung 1991

Bitte reservieren Sie sich für die GV 1991 den **Samstag, 16. März 1991.**

Die Versammlung findet in Zürich statt. Ort und Zeit folgen mit der persönlichen Einladung.

Der Vorstand

V+D / D+M

Eidgenössische Vermessungsdirektion
Direction fédérale des mensurations
cadastrales

Bundesbeschluss über die Abgeltung der amtlichen Vermessung

Der Bundesrat hat am 14. November 1990 die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Abgeltung der amtlichen Vermessung zu Händen des Parlaments verabschiedet. Der Beschluss löst den jetzigen vom 9. März 1978 über Kostenanteile in der Grundbuchvermessung ab und legt die Höhe der Bun-

desbeiträge an die amtliche Vermessung neu fest.

Die amtliche Vermessung bildet einen Bestandteil des Grundbuches. Sie hat die Aufgabe, Informationen über Lage, Form und Inhalt von Grundstücken zu beschaffen, in Plänen und Registern darzustellen und zu verwalten. Daneben stellen diese Informationen der amtlichen Vermessung auch unentbehrliche Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für alle Wirtschafts- und Verwaltungsbereiche dar, die mit dem Boden zu tun haben.

Das Umfeld der amtlichen Vermessung hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Einerseits hat die zunehmende Intensität der Bodennutzung und die dadurch bedingte Regelungsichte im Bereich des Bau- und Planungsrechts, des Umweltschutzes, der Ver- und Entsorgung, der Statistik usw. ein erhöhtes Bedürfnis nach genauerer, schnellerer und vermehrter Information über Grund und Boden gebracht. Andererseits wurden völlig neue technische Mittel und Methoden der Datenerfassung, -verwaltung und -ausgabe entwickelt.

Die amtliche Vermessung stützt sich dagegen noch vorwiegend auf Rechtsgrundlagen, die von den Verhältnissen der Jahrhundertwende geprägt sind. Sie trägt deshalb der technischen Entwicklung und den veränderten Informationsbedürfnissen der Benutzer nur zum Teil Rechnung.

Aus diesem Grund erteilt das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) im Jahre 1982 einer Projektgruppe den Auftrag zur Ausarbeitung eines Detailkonzeptes für eine Reform der amtlichen Vermessung. In ihrem Schlussbericht von 1987 schlägt die Projektleitung vor, den Inhalt der amtlichen Vermessung im Sinne der neuen Bedürfnisse zu erweitern und in eine neue Form (umfassende Anwendung der modernen Computertechnik) zu bringen.

Das Projekt rechnet mit Gesamtkosten von 3530 Millionen, verteilt auf die nächsten rund 30 Jahre. Da aber rund ein Drittel der Schweiz heute noch unvermessen ist und die bestehenden Vermessungswerke so oder so erneuert werden müssen, sind davon die Kosten für die Fertigstellung und der Erneuerung der amtlichen Vermessung nach noch geltendem Recht in Abzug zu bringen. Diese würden sich nach der gegenwärtigen Regelung auf 3315 Millionen belaufen. Die effektiven Mehrkosten betragen deshalb 215 Millionen. Der Vorschlag des Bundesrates ging dabei vom Grundsatz aus, dass die Reform für den Bund kostenneutral sein müsse. In der Vernehmlassung von Ende 1989 begrüßten Kantone und andere interessierte Kreise die Reform der amtlichen Vermessung einstimmig. Eine überwiegende Mehrheit erklärte sie gar als dringlich. Völlig unbestritten war insbesondere die vorgeschlagene EDV-gerechte Form der zukünftigen amtlichen Vermessung. Hingegen wurde der Vorschlag, den Inhalt der amtlichen Vermessung um Informationen aus den Bereichen Raumplanung und Bodennutzung zu erweitern, von den Kantonen und von den betroffenen Kreisen mehrheitlich abgelehnt. Mehrheitlich lehnten die Kantone aber auch die vom Bundesrat vorgeschlagene Kostenverteilung ab.

Der vorliegende Beschlussentwurf behandelt einzig die Frage der Kostenverteilung. Die Mehrkosten der Reform sind, trotz des negativen Echos in der Vernehmlassung, vollumfänglich von den Kantonen zu tragen. Dies, weil die dank der Reform zu erwartenden Einsparungen vor allem auf Kantons- und Gemeindeebene anfallen. Zudem können die Kantone die entstehenden Kosten in Anwendung des Verursacher- und Nutznießerprinzips auf die Benutzer abwälzen. Dazu sind nicht nur die Gemeinden und Grundeigentümer, sondern neu auch die künftigen Dauerbenutzer der amtlichen Vermessung zu zählen.

Die für die Verwirklichung der Reform nötige Totalrevision der geltenden Vermessungsvorschriften ist zur Zeit im Gang. Die neuen Vermessungsvorschriften werden voraussichtlich vom Bundesrat im Verlaufe des Jahres 1991 in Kraft gesetzt werden.

*Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Informations- und Pressedienst*

Arrêté fédéral concernant les indemnités fédérales dans le domaine de la mensuration officielle

Le 14 novembre 1990 le Conseil fédéral a adopté, à l'intention du Parlement, le message relatif à l'arrêté fédéral concernant les indemnités de la Confédération dans le domaine de la mensuration officielle. Le présent arrêté remplace celui du 9 mars 1978 concernant la participation aux frais des mensurations cadastrales et fixe le nouveau montant des contributions à la mensuration officielle.

La mensuration officielle fait partie intégrante du registre foncier. Sa tâche consiste à fournir des informations sur la situation, la forme et le contenu des immeubles, à les faire figurer sur des plans et des registres et à les gérer. En outre, ces informations de la mensuration officielle représentent aussi des bases de planification et de décision indispensables à tous les secteurs de l'économie et de la gestion qui ont un rapport avec le sol. Le contexte de la mensuration officielle s'est considérablement modifié au cours des dernières décennies. D'une part, la densité des réglementations légales en matière de construction, de planification, de protection de l'environnement, d'approvisionnement en énergie, de statistique, etc., qui résulte de l'exploitation beaucoup plus intense du sol, s'est traduite par un accroissement des besoins d'informations à la fois plus précises, plus rapides et plus nombreuses, sur le territoire et sur le sol. D'autre part, on a développé des moyens techniques tout à fait nouveaux qui permettent d'appliquer des méthodes entièrement différentes à la saisie, à la gestion et à la diffusion des données.

Pourtant, la mensuration officielle se base encore essentiellement sur des textes légaux reflétant les conditions du début de ce

siècle. Aussi ne tient-elle que partiellement compte du développement technique et des nouveaux besoins d'informations de ses utilisateurs.

En 1982, le Département fédéral de justice et police (DFJP) a par conséquent chargé une direction de projet d'élaborer une conception détaillée pour la réforme de la mensuration officielle. Dans son rapport final de 1987, celle-ci propose d'élargir le contenu de la mensuration officielle en fonction des besoins d'aujourd'hui et de lui donner une forme nouvelle (large application des techniques d'information modernes).

Le projet table sur des coûts globaux de 3530 millions, répartis sur les quelque trente prochaines années. Etant donné, toutefois, qu'environ un tiers du territoire national n'est pas encore mesuré et que l'œuvre cadastrale existante devra de toute façon être rénovée, il faut déduire de ce montant les coûts d'achèvement de la mensuration officielle. Ceux-ci s'élèveraient, selon l'arrêté en vigueur, à 3315 millions. Les coûts supplémentaires effectifs s'établissent par conséquent à 215 millions. En l'occurrence, la proposition du Conseil fédéral est partie du principe de la neutralité des coûts pour la Confédération.

Lors de la consultation de fin 1989, la réforme de la mensuration officielle a reçu l'approbation unanime des cantons et autres milieux intéressés. Une forte majorité l'estime même urgente. En particulier, la proposition de doter la mensuration officielle des moyens de traitement électronique des données a été approuvée sans opposition. En revanche, les cantons et milieux intéressés ont majoritairement rejeté la proposition d'inclure dans la mensuration officielle des informations tirées de l'aménagement du territoire et de l'exploitation du sol. La plupart des cantons ont également rejeté le principe de la répartition des coûts par le Conseil fédéral.

Le projet d'arrêté soumis traite uniquement la question de la répartition des coûts. En effet, la Confédération alloue des indemnités conformément au droit en vigueur. Malgré l'opposition exprimée lors de la consultation, les coûts supplémentaires de la réforme seront entièrement imputés aux cantons. Cela se justifie parce que ce sont en premier lieu les cantons et les communes qui bénéficient des avantages de la réforme. En outre, les cantons peuvent répercuter les coûts qui en résultent sur les utilisateurs, en application du principe du paiement des frais par ceux qui les ont causés ou par ceux qui en retirent le plus grand bénéfice. Au nombre de ceux-ci figurent non seulement les communes et les propriétaires fonciers, mais aussi, pour la première fois, les futurs utilisateurs permanents de la mensuration officielle.

La révision totale des prescriptions sur la mensuration, laquelle est nécessaire à la réalisation de la réforme, est actuellement en cours. Selon toute probabilité, les nouvelles dispositions seront mises en vigueur par le Conseil fédéral durant l'année 1991.

*Département Fédéral de Justice et Police
Service d'information et de presse*

Decreto federale concernente il contributo alle spese per la misurazione ufficiale

Al 14 novembre 1990 il Consiglio federale ha licenziato all'attenzione del Parlamento il messaggio relativo al decreto federale concernente il contributo alle spese per la misurazione ufficiale. Questo decreto sostituisce quello del 9 marzo 1978 concernente il concorso alle spese delle misurazioni catastali e fissa nuovi contributi per le spese della misurazione ufficiale.

La misurazione ufficiale è parte integrante del registro fondiario. Essa ha il compito di raccogliere informazioni su ubicazione, forma e contenuto dei fondi, di rappresentarle su piani e registri, di gestirle e di aggiornarle. Le informazioni della misurazione ufficiale sono anche irrinunciabili fondamenti pianificatori e decisionali per tutti i settori economici e amministrativi che hanno a che fare con il suolo.

Il contesto della misurazione ufficiale è fortemente mutato nel corso degli ultimi decenni. Da un canto la crescente intensità dell'utilizzazione del suolo e la densificazione normativa che ne consegue in materia di diritto pianificatorio ed edilizio, di protezione dell'ambiente, di approvvigionamento, di smaltimento dei rifiuti, di statistica, ecc., è fonte di un accresciuto bisogno di maggiori informazioni sul suolo e sulla proprietà, più esatte e rapide. D'altro canto sono stati sviluppati nuovi mezzi tecnici e metodi di rilevamento, gestione e comunicazione dei dati.

La misurazione ufficiale si fonda invece soprattutto su basi legali ancorate alle condizioni vigenti a cavallo dei due secoli. Essa tiene quindi conto soltanto in parte delle modificate esigenze d'informazione degli utenti. Per tale ragione il Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) ha incaricato, nel 1982, un gruppo di progetto di elaborare un concetto di dettaglio per la riforma della misurazione ufficiale. Nel rapporto finale del 1987, la direzione del progetto propone di ampliare il contenuto della misurazione ufficiale, onde far fronte ai nuovi bisogni e di presentarla con forma nuova (vasta applicazione della moderna tecnica degli ordinatori).

Il progetto calcola una spesa globale di 3530 milioni di franchi, distribuiti su 30 anni. Poiché però un terzo circa della Svizzera non è ancora misurata e le opere della misurazione comunque devono essere rinnovate, occorre da tale somma detrarre i costi del completamento della misurazione ufficiale. Quest'ultimi ammonterebbero, secondo l'ordinamento attuale, a 3315 milioni di franchi. Il costo supplementare effettivo sarebbe di conseguenza di 215 milioni. La proposta del Consiglio federale parte quindi dal presupposto che la riforma, per quanto concerne il costo, deve risultare neutrale per la Confederazione.

Nell'ambito della consultazione della fine del 1989, i Cantoni e le altre cerchie interessate hanno accolto unanimemente il principio della riforma della misurazione ufficiale. La maggioranza la ritiene perfino urgente. Del tutto incontestata è stata in particolare la forma proposta della futura misurazione ufficiale sulla base dell'EED. La proposta di am-

pliare il contenuto della misurazione ufficiale con dati attinenti ai settori della pianificazione del territorio e dell'utilizzazione del suolo è stata invece respinta dai Cantoni e dalla maggior parte delle cerchie interessate. La maggioranza dei Cantoni ha però respinto anche il riparto dei costi proposto dal Consiglio federale.

Il presente disegno di ordinanza tratta unicamente la questione dell'attribuzione dei costi. La Confederazione concede contributi secondo il diritto vigente. I costi suppletivi della riforma sono, nonostante gli echi negativi in fase di consultazione, del tutto a carico dei Cantoni, considerato che le economie future, attuate grazie alla riforma, saranno a favore soprattutto dei Comuni e dei Cantoni. Inoltre i Cantoni potranno, in applicazione del principio della responsabilità e dell'utenza, accollare i costi ai beneficiari. Fra questi occorre contare non soltanto i Comuni e i proprietari fondiari bensì in avvenire anche gli utenti dei dati della misurazione ufficiale.

La revisione totale necessaria per la realizzazione della riforma è attualmente in corso. Le nuove prescrizioni sulla misurazione potranno dal Consiglio federale essere poste in vigore presumibilmente nel corso dell'anno 1991.

*Dipartimento federale di giustizia e polizia
Servizio informazione e stampa*

Zeitschriftenkommission Commission de la revue

Neue Organisation VPK

Ausgangslage

Die Herausgabe der Zeitschrift «Vermessung Photogrammetrie Kulturtechnik» (VPK) wird durch einen Zeitschriftenvertrag zwischen den fünf Trägervereinen SVVK, SGPBF, SIA-FKV, VSVT, STV-FVK/UTS-MGR geregelt. Im März 1990 beauftragten die Vorstände der Trägervereine die Zeitschriftenkommission, den Zeitschriftenvertrag zu überarbeiten und damit die Grundlage für eine neue Lösung der Redaktion und des Sekretariates für die VPK zu schaffen. In mehreren Sitzungen der Zeitschriftenkommission und der Vorstandsdelegierten der Trägervereine entstand ein neuer Zeitschriftenvertrag, der auf 1. Januar 1991 in Kraft getreten ist.

Ziele der VPK

Die VPK hat als Zielpublikum primär die Mitglieder der Trägervereine. Der Inhalt der VPK hat sich nach diesem Publikum zu richten. Die neue Zeitschriftenkommission wird detaillierte Redaktionsrichtlinien erlassen.

Die neue Organisation

Das nebenstehende Organigramm zeigt die neue Organisationsstruktur. Die neue Organisation unterscheidet sich von der bisherigen vor allem in folgenden Punkten:

- die Zeitschriftenkommission besteht aus je einem Delegierten der Trägervereine; jeder Delegierte hat eine Stimme, somit entsteht keine Vormachtstellung einzelner Trägervereine
- die Befugnisse der Zeitschriftenkommission sind klar geregelt, insbesondere bezüglich Wahl der Redaktion
- die Zeitschriftenkommission und die Redaktion sind personell getrennt
- die Redaktion besteht aus dem Chefredaktor und weiteren Redaktoren
- für einzelne Rubriken können weitere redaktionelle Mitarbeiter beigezogen werden, die jedoch nicht Mitglied der Redaktion sind
- für die Arbeit der Redaktoren erfolgt eine angemessene Entschädigung
- die Beiträge der Trägervereine werden erhöht
- die Anteile der Beiträge werden neu aufgeteilt.

Die Rechtsform

Die definitive Rechtsform ist noch offen. In Frage kommen die einfache Gesellschaft oder der Verein. Die Abklärungen dazu laufen noch. Bis zum definitiven Entscheid wird die bisherige Rechtsform weitergeführt; d.h. die Trägervereine sind zu einer einfachen Gesellschaft gemäss OR zwecks Herausgabe einer gemeinsamen Fachzeitschrift zusammengeschlossen. Die fünf Delegierten bilden die Gesellschafterversammlung.

Die neue Zeitschriftenkommission

Die neue Zeitschriftenkommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

U. Meier (SVVK)
F. Widmer (SGPBF)
A. Lüscher (SIA-FKV)
O. Kunz (VSVT)
W. Henggeler (STV-FVK/UTS-MGR)

Die neue Redaktion

Die Redaktion setzt sich zur Zeit wie folgt zusammen:

T. Glatthard, Chefredaktor
W. Sigrist, stellvertretender Chefredaktor
A. Jeanneret, Redaktion Romandie.
Daneben sind wie bisher als regelmässige redaktionelle Mitarbeiter tätig:
Dr. R. Bernhard (Recht)
B. Sievers (Informatik)
Dr. F. Steidler (Photogrammetrie)
H. Aeberhard (Lehrlingsaufgaben)
Vorgesehen sind auch weitere redaktionelle Mitarbeiter.